

# Münchner Sicherheitskonferenz verändern!



Unsere Vision ist eine Münchner Konferenz für Friedenspolitik  
Our Vision is a Munich Conference for Peace Policy

Projektgruppe „Münchner Sicherheitskonferenz verändern“ e.V. • Projektzeitung Nr. 13 • Februar 2018

**Liebe Freundinnen und Freunde des Friedens**, was für ein Hoffnungszeichen ist dieser Friedensnobelpreis für ICAN und der Beschluss der 122 UN-Staaten für ein Verbot aller Atomwaffen! Leider ist nicht zu erwarten, dass dieses Verbot auf der Sicherheitskonferenz große Befürwortung finden wird, vielmehr ist im Vorfeld nur von Aufrüstung die Rede. Konferenzleiter Ischinger sagte, der Rüstungswettlauf habe schon begonnen und fordere klare „Bench-marks“ wenn es um das 2%-Ziel der Rüstungsausgaben gehe. Dass dies dann 80 Milliarden Euro für Deutschland bedeutet und sogar über den 60 Milliarden liegt, die Russland gegenwärtig für Rüstung ausgibt, steigert massiv das Drohpotenzial und widerspricht jeglicher Vertrauensbildung. Dazu wäre ein friedenslogisches Denken notwendig, von dem auf der Sicherheitskonferenz leider nichts zu spüren ist. Wir haben dieses Problem in einem **Podiumsgespräch** (→ S. 1) aufgegriffen und auch in unserem jährlichen **Gespräch mit Herrn Ischinger** (→ S. 5) unmissverständlich zum Ausdruck gebracht. Auch wenn er sagt: „Wir müssen Konfliktprävention... in Großbuchstaben schreiben“ ist dabei meist nicht die **zivile Form** gemeint (siehe → S. 6 und S.11). Wie aus unserer neuen **Projektbeschreibung** (→ S. 8) deutlich wird, gibt es noch viel zu tun, diese Konferenz zu verändern. Wir werden es weiter versuchen!  
Erwin Schelbert

## Das kleine Portrait: Beatrice Fihn



Direktorin der Internationalen Kampagne zur Abschaffung von Atomwaffen (ICAN). ICAN erhält den Friedensnobelpreis 2017 für ihre „bahnbrechenden Bemühungen um ein vertragliches Verbot solcher Waffen“.

Die Organisation hat maßgeblich am UN-Vertrag zum Verbot von Atomwaffen mitgewirkt, der im Juli von 122 Staaten unterstützt wurde.

„Es ist Wahnsinn, sich von diesen Waffen beherrschen zu lassen“, sagte Beatrice Fihn bei der Preisverleihung. „Wir hoffen, dass ein solcher Verbotsvertrag Atomwaffen noch mehr brandmarkt, noch mehr delegitimiert“.

## Inhalt dieser Ausgabe

- S.1 Friedenslogik
- S.3 Unsere Beobachter\*innen
- S.4 Misereor auf der MSC
- S.5 Gespräch mit Ischinger
- S.6 Zivile Konfliktregelung und IS
- S.7 Zivile Lösungen für Nordkorea
- S.8 Dritte Projektbeschreibung
- S.10 Gorbatschow-Appell
- S.11 Leitlinien: Mogelpackung?
- S.12 Projektziele, Termine

## Aufrüstung oder Friedenslogik?

In Deutschland wurde im letzten Bundestagswahlkampf eine heftige Debatte um das sogenannte 2%-Ziel der NATO (Steigerung der Militärausgaben nach NATO-Kriterien auf 2% des Bruttonationalproduktes bis 2024) geführt. Dabei wurden oft höhere Ausgaben für Militär und Rüstung mit mehr Sicherheit gleichgesetzt, obwohl die physische Sicherheit im eigenen Land nicht vom Militär, sondern von der Polizei und dem Justizsystem abhängt. Es gibt auch nach wie vor



kein ernsthaftes militärisches Bedrohung Deutschlands, und das Argument, dass es immer mehr Kriege und Bürgerkriege auf der Welt gibt, ist empirisch nicht zu halten. Richtig ist, dass so viele Menschen wie nie vor Kriegen und Bürgerkriegen fliehen (können) und dass über Kriege, auch und gerade die in Syrien und dem Irak, ausführlich in den Medien berichtet wird.

Als Sekundärargument wird oft genannt, dass die Verbündeten Deutschlands, allen voran die USA, der Bundesregierung vorwerfen, sich um die Übernahme

Fortsetzung S. 2 ►

## ► Fortsetzung von Seite 1:

von „Verantwortung“ durch die Beteiligung an militärischen Interventionen zu drücken und sich auf die ungefährlicheren diplomatischen oder zivilen Aktivitäten zu konzentrieren.

Dem kann man das Argument entgegensetzen, dass für keinen der aktuell 13 vom Bundestag mandatierten Auslandseinsätze der Bundeswehr nachgewiesen werden kann, dass er zur Sicherheit der hier lebenden Menschen beiträgt und Deutschland sich zu Recht aus Angriffskriegen wie dem gegen den Irak 2003 oder dem gegen Libyen 2011 herausgehalten hat. Und auch viele derjenigen, die davon überzeugt sind, dass angesichts der Annexion der Krim und des Krieges in der Ostukraine manche osteuropäischen Staaten sich zu Recht bedroht fühlen, geben zu, dass innerhalb der europäischen Union bzw. der NATO zunächst durch gemeinsame Standards und gemeinsame Beschaffungsvorhaben ein effizienterer Umgang mit den Militäretats notwendig ist, bevor man anfängt, Verteidigungsetats deutlich zu erhöhen. Zumal viele europäische Staaten das angesichts ihrer Haushaltsdefizite gar nicht können, ohne massiv im sozialen Bereich zu streichen.

Nun leuchtet den meisten Menschen ein, dass eine friedlichere Welt auch eine sicherere Welt ist. Das erfordert allerdings Ansätze, die sich auf die Bedingungen für Frieden konzentrieren anstatt höhere Militärausgaben als Beitrag zur „Sicherheit“ anzusehen. Seit etwa 2011 wird daher in Deutschland unter dem Stichwort „Friedenslogik statt Sicherheitslogik“ darüber diskutiert, in welchem Spannungsverhältnis zueinander die Begriffe „Frieden“ und „Sicherheit“ stehen, wenn „Sicherheit“ in erster Linie als Aufgabe von Militär und Polizei gesehen wird. Die Plattform Zivile Konfliktbearbeitung hat dieses Spannungsverhältnis kurz und knapp skizziert:

„Sicherheitslogisches Denken:

Das Problem ist eine Bedrohung, die es abzuwehren gilt. Sie entsteht außen. Ich muss sie kontrollieren – notfalls mit Gewalt. Das ist mein Interesse und mein Recht. Wenn ich mein Ziel nicht erreiche, verstärke ich die eingesetzten Mittel.

Friedenslogisches Denken:

Das Problem ist die Gewalt. Sie soll vermieden werden. Sie entsteht zwischen Konfliktparteien. Deren Beziehungen gilt es neu zu gestalten und sofern ich Teil des Problems bin, kann ich Teil der Lösung werden. Das erfordert dialogverträgliche Mittel. Alles Handeln, alle Lösungen müssen sich vor dem Hintergrund globaler Ethik rechtfertigen. Weil ich mit Misserfolgen rechnen muss, achte ich auf die Korrekturfähigkeit meiner Handlungen.

Friedenslogische Reflexion führt zu Veränderungen.

Das betrifft:

- Die Beziehungen zwischen Einzelnen, Gruppen und Staaten
- Gesellschaftspolitische Strukturen, die Gewalt erzeugen
- Die Methoden und Instrumente zur Konfliktbearbeitung.<sup>1</sup>

Da militärisches Eingreifen Dritter in Konflikte diese rückblickend gesehen meistens verschärft statt entschärft hat, ist die Debatte darüber, wie Frieden gefördert werden kann, inzwischen auch in der offiziellen Politik angekommen. Die am 14. Juni 2017 verabschiedeten Leitlinien „Krisen verhindern, Konflikte bewältigen, Frieden fördern“ der Bundesregierung<sup>2</sup> zeigen das deutlich. Konfliktursachen und Handlungsmöglichkeiten zur Unterstützung von Friedensprozessen sind darin ausführlich dargestellt. Das Auswärtige Amt war auch mutig genug, bei der Erstellung der Leitlinien einen öffentlichen Diskussionsprozess mit allen, die daran interessiert waren, zu führen. Wenn man jedoch die finanziellen Mittel, die für im weitesten Sinne friedenslogische Aktivitäten der Bundesregierung aufgebracht werden, mit denen vergleicht, die für die klassische militärgestützte Sicherheitspolitik vorgesehen sind, merkt man schnell, dass noch ein weiter Weg zu gehen ist, um das militärorientierte sicherheitslogische Denken zu überwinden. Ironischer Weise gibt es auch in einer friedenslogisch geprägten Außenpolitik Aufgaben, für die militärisches Fachwissen erforderlich ist: im ganzen Bereich Abrüstung – Rüstungskontrolle – vertrauensbildende Maßnahmen. Hier ergeben sich also zusätzliche Ansatzpunkte für die Debatte mit denjenigen, die bisher in den Kategorien militärischer Sicherheitspolitik denken und argumentieren. Ansonsten gilt aber: **Deutschland ist nicht trotz, sondern wegen seiner Zurückhaltung bei Militäreinsätzen ein diplomatisches Schwergewicht in der Welt geworden.** Denn wer sich militärisch oder durch Waffenlieferungen in einen Konflikt einmischt, kann nicht mehr als ehrlicher Makler Friedensprozesse unterstützen. Das deutsche Ansehen in der Welt beruht auf der deutschen Wirtschaftskraft statt auf militärischer Stärke, und das ist auch gut so.

UN-Generalsekretär Guterres hat „Alarmstufe rot“ für die Welt ausgerufen. Es ist daher erfreulich, dass er zur diesjährigen Münchener Sicherheitskonferenz kommen wird. Es ist zu hoffen, dass seine Rede den friedenslogischen Grundprinzipien folgt und dass sie gehört wird.

Dr. Ute Finckh-Krämer

<sup>1</sup> [http://konfliktbearbeitung.net/sites/default/files/friedenslogik\\_d\\_a4.pdf](http://konfliktbearbeitung.net/sites/default/files/friedenslogik_d_a4.pdf)

<sup>2</sup> <https://www.auswaertiges-amt.de/blob/283636/d98437ca3ba49c0ec6a461570f56211f/leitlinien-krisenpraevention-konfliktbewaeltigung-friedensfoerderung-dl-data.pdf>

## Was unseren Beobachter\*innen auf der Sicherheitskonferenz 2017 aufgefallen ist



Daniela Dahn

**Daniela Dahn:** Noch keine MSK war so aufgeladen mit Verunsicherung wie diese. Konferenzchef Wolfgang Ischinger fragte eingangs, ob wir durch Trump vor einem post-westlichen Zeitalter stünden. Auch von anderen Rednern wurde der Wechsel zu einer „neuen Weltordnung“ befürchtet, was Angst machte, da Weltordnungen erfahrungsgemäß durch Kriege verändert werden. Die Rede von US-Vizepräsident Mike Pence war die intellektuell magerste von allen, wurde aber von den NATO-Anhängern mit Erleichterung aufgenommen: Die USA unterstütze die NATO energisch, erwarte aber, dass alle Mitglieder die zwei Prozent vom BIP zur Aufrüstung beitragen. Und US-Verteidigungsminister James N. Mattis versprach gar eine „verstärkte Vorwärtspräsenz“. „Die NATO dient dazu, unseren Lebensstil zu bewahren.“ Dieses Ziel widersprach nicht nur jedem Völkerrecht, sondern auch dem NATO-Statut, aber es gab viel Beifall. Die mutigste und analytischste Rede wurde dagegen kaum beachtet. UN-Generalsekretär António Guterres beklagte: „Die größte Bedrohung für die Sicherheit ist das politische Establishment.“ Es fehle an Visionen und Investitionen zur Friedenssicherung. Deshalb ist es so wichtig, die MSK zu verändern.

**Thomas Mohr:** Meine fünfte Konferenzteilnahme: Russland war diesmal deutlich weniger präsent. Durch viele Reden zog sich aber der Vorwurf, die russische Krim-Annektion sei ein Bruch des Völkerrechts. Kein Thema waren hingegen die Fälle (z.B. Kosovo-Krieg gegen Serbien), in denen sich

der Westen nicht an diese Regeln gehalten hat. Auch „Entwicklung“ fand bei dieser MSC Platz, z.B. mit dem Auftritt des Sängers Bono. Fraglich allerdings, ob dies nicht eher zu einer „Versicherheitlichung“ der Entwicklungspolitik führt, die paternalistisch zu wissen meint, was gut für Afrika ist, aber nur die Interessen des Westens im Blick hat.



Thomas Mohr

Durchaus interessant: Nacheinander wurden Minister von Iran, Israel, der Türkei und Saudi Arabien auf der Bühne interviewt. Anhand dieser verschiedenen Akteure mit unterschiedlichen Interessen, Befürchtungen, Feindbildern und Annäherungsversuchen konnte die Komplexität des Konflikts im Nahen Osten sehr deutlich werden. Weitere beachtenswerte Veranstaltungen wie die zu „Klimasicherheit“ profitieren leider kaum von der sonst großen Medienresonanz.

Unsere Projektgruppe war Mitveranstalterin von zwei Seitenveranstaltungen für MSC-Teilnehmer: Die Veranstaltung zur Gewaltfreien Kommunikation litt unter dem zeitgleichen Auftritt des US-Verteidigungsministers. Bei unserer anderen Seitenveranstaltung (mit Forum Ziviler Friedensdienst) befasste sich eine prominent besetzte Gesprächsrunde mit dem erfolgreichen „Unbewaffneten Schutz von Zivilisten“. Am Tag vor der Konferenz hatte erfreulicherweise die Süddeutsche Zeitung im München-Teil über mich und unsere Arbeit berichtet.

Die ausführlichen Berichte finden sich hier:

[www.mskveraendern.de/konferenzbeobachtung/](http://www.mskveraendern.de/konferenzbeobachtung/)

## Unsere Beobachter\*innen auf der Sicherheitskonferenz 2018



Ruth Aigner

**Ruth Aigner** ist in diesem Jahr zum dritten Mal für die Projektgruppe als Beobachterin auf der Sicherheitskonferenz. 2015 und 2016 verfolgte sie als Studentin der Sozialwissenschaftlichen Konfliktforschung das Geschehen im Bayrischen Hof. Inzwischen ist sie Leiterin der Fachstelle Weltkirche im Bistum Regensburg und arbeitet sowohl mit lokalen und internationalen PartnerInnen als auch mit den verschiedenen deutschen katholischen internationalen Hilfswerken im Bereich der kirchlichen Entwicklungszusammenarbeit zusammen. Sie möchte in diesem Jahr verstärkt darauf achten, wie und wo der Mensch im Mittelpunkt politischer Überlegungen steht und ob oder welche Art der Reflexion von Haltungen und Handlungen auf der Konferenz mitzerleben ist.

Eine Besonderheit in diesem Jahr ist das 60-jährige Jubiläum von MISEREOR, welches am gleichen Wochenende wie die MSC im Münchner Dom begangen wird. In der Vorbereitung auf diese Feierlichkeiten wurde - initiiert von der Projektgruppe MSKv und in Kooperation mit dem Forum Ziviler Friedensdienst - ein Side-Event auf der Münchner Sicherheitskonferenz in die Wege geleitet, welches den präventiven, zivil/kirchlich getragenen Zugang zu potentiellen Konfliktkonstellationen mit vermeintlich religiösem Einfluss thematisieren soll. Interessant wird nicht nur sein, wie die präsentierten Ideen ankommen, sondern ganz besonders auch, wie viele KonferenzteilnehmerInnen sich überhaupt auf den Weg zu dem morgendlichen Veranstaltungstermin der friedenspolitisch Aktiven machen. Immerhin sind sie eingeladen und müssen zumindest *zur Kenntnis nehmen*, dass auch Organisationen wie MISEREOR und das forumZFD ohne Zweifel auf die Sicherheitskonferenz gehören - wie sonst werden die TeilnehmerInnen dazu ermutigt, ihre gewohnten Denkstrukturen zu verlassen?

**Anja Ufermann** ist Diplom-Pädagogin und zertifizierte Trainerin für Gewaltfreie Kommunikation. Sie arbeitet in leitender Funktion in verschiedenen Erziehungs- und Bildungseinrichtungen und berät heute Menschen unter anderem in sozialen Einrichtungen, Behörden und Organisationen.

Als Beobachterin für die Projektgruppe „Münchner Sicherheitskonferenz verändern“ e.V. liegt ihr Augenmerk auf möglichen Störungen durch gewählte Kommunikationsweisen sowie der Strategie-Analyse auf dem Hintergrund des wertorientierten Ansatzes.



Anja Ufermann

## Strategien gegen Terrorismus und gewaltsamen Extremismus

Vielleicht fragt der eine oder die andere, warum sich MISEREOR, das katholische Werk der deutschen Bischofskonferenz für die Entwicklungszusammenarbeit, auf der Münchener Sicherheitskonferenz mit dem oben genannten Thema befasst? Für uns bei MISEREOR ist es das erste Mal, dass wir im Rahmen eines „side-events“ auf der MSK präsent sind. Wir bieten den side-event gemeinsam mit dem forumZFD an, das bereits zum vierten Mal dabei ist, sowie in Zusammenarbeit mit der Projektgruppe „Münchener Sicherheitskonferenz verändern“ e.V..

Wo Krieg, Gewalt, auch Terrorismus, vorherrschen oder sich ausbreiten, ist Entwicklung nur schwer möglich. Von daher liegt es auf der Hand, dass sich MISEREOR mit Formen und Strukturen von Gewalt, die Entwicklung be- oder verhindern, befasst, nach ihren Ursachen fragt und versucht, diesen entgegenzuwirken. Neben der Hilfe zur Selbsthilfe, die es Menschen ermöglicht, sich aus eigener Kraft aus der Armut zu befreien, wurde uns der Auftrag, „den Mächtigen ins Gewissen zu reden“, um die Strukturen von Armut und Ungerechtigkeit zu beseitigen, schon mit der Gründung von MISEREOR 1958 ins Aufgabenbuch geschrieben.

Von unseren Partnerorganisationen vor allem in Afrika und in Süd- und Südostasien, hören und lernen wir immer wieder, welche negativen Folgen Terrorismus und Extremismus für ihre konkrete Arbeit vor Ort haben. Wir hören aber auch, was sie tun, um Terrorismus und Gewalt den Boden zu entziehen, und dass ihre Arbeit Erfolg hat. Der hochrangige Priester der assyrischen Kirche des Ostens, Archimandrit Emanuel Youkhana, wird in München über seine Erfahrungen vor Ort berichten. Er ist geschäftsführender Direktor und Gründer der MISEREOR-Partnerorganisation CAPNI (Christian Aid Programme North Iraq). Zusammen mit dem Partner des ForumsZFD, dem muslimischen Wissenschaftler und Friedensaktivisten Mussolini Sinsuat Lidasan aus Mindanao/Philippinen, wird er mit Teilnehmenden der Sicherheitskonferenz unter anderem darüber diskutieren, wie wichtig ziviles – und zivilgesellschaftliches – Engagement ist, aber auch darüber, wo dessen Gren-

zen sind. Dass Terrorismus und gewaltsamer Extremismus durch militärische Aktionen alleine nicht zu besiegen sind, sondern dass vor allem die Verbesserung der Lebensbedingungen der Menschen einen entscheidenden Beitrag zur Prävention darstellt, ist inzwischen weithin anerkannt. Nicht zuletzt eine kürzlich veröffentlichte Studie des Entwicklungsprogrammes der Vereinten Nationen (UNDP, Journey to Extremism in Africa: Drivers, Incentives and the Tipping Point for Recruitment, 2017) belegt dies auf eindruckliche Weise.

Der Global Terrorism Index 2017 stellt fest, dass glücklicherweise die Zahl der Todesopfer terroristischer Anschläge in den Jahren 2015 und 2016 gesunken sind – im Vergleich zu 2014 sogar um 22 Prozent. Mit über 25.000 Menschen liegt die Zahl aber immer noch extrem hoch. Der GTI weist jedoch auch auf den besorgniserregenden Trend hin, dass trotz der insgesamt gesunkenen Todeszahl die Zahl von Ländern, in denen Menschen durch Terroranschläge ums Leben gekommen sind, gestiegen ist. Nicht berücksichtigt sind in diesen Zahlen die Zigtausende von Menschen, die vor Terror und Gewalt fliehen und oft über viele Jahre oder gar Jahrzehnte hinweg unter zum Teil menschenunwürdigen Bedingungen leben müssen. Leider gehören die Philippinen zu den Ländern, in denen sich terroristische Organisationen, darunter der sogenannte Islamische Staat, zunehmend auszubreiten versuchen.

MISEREOR möchte auf der Münchener Sicherheitskonferenz in einen offenen und konstruktiven Dialog kommen, gerade auch mit Menschen, die einen anderen Erfahrungshintergrund haben. Neben vielem anderen verhindern auch Terrorismus und Extremismus, dass alle Menschen in Würde und ohne Angst und Not und in Frieden leben können, so wie es die Allgemeine Erklärung der Menschenrechte fordert. Sich über den besten Weg und die Mittel zur Erreichung des Zieles mit Menschen auszutauschen, die unterschiedliche Erfahrungen und Perspektiven mit in die Diskussion bringen, ist unseres Erachtens lohnenswert und wichtig.

*Elisabeth Strohscheidt*

*Fachreferentin für Friedensförderung und Konflikttransformation, MISEREOR*

HAVE YOU CHANGED THE WORLD TODAY?  
**HEUTE SCHON DIE WELT VERÄNDERT?**  
 Gemeinsame Fastenaktion mit der Kirche in Indien  
 fastenaktion.de  
**MISEREOR** 60. JAHRE  
 IHR HILFSWERK

Am Sonntag, dem 18. Februar 2018 eröffnet MISEREOR seine diesjährige Fastenaktion in München.

**Aus den Gesprächen zwischen der Projektgruppe MSKv und Konferenzleiter Ischinger  
bzw. seinen Mitarbeitern (MSC) (am 19.9.2017 und 15.11.2017)**

Vorschläge 2017 durch die Projektgruppe	Zur Umsetzung auf der MSC
Wer wirklich Frieden will, darf die wichtigsten Gegner nicht aussperren. Also müsste diesmal jemand aus Nordkorea eingeladen werden. Die Situation ist so gefährlich, dass man dies der Weltgemeinschaft schuldig ist.	O-Ton MSC: „Es ist sicherlich nicht falsch, Nordkorea an den Diskussions-tisch zu bekommen.“
Wie positioniert sich die MSC gegenüber den 122 Ländern, die in der UN-Hauptversammlung ein Atomwaffenverbot beschlossen haben? Wird es zu diesem Thema eine Veranstaltung geben und werden die Befürworter der Ächtung genügend Redezeit haben, die Nato und die Atom-Waffen-Mächte herauszufordern? Ist dabei eine seriöse, objektive Bedrohungsanalyse möglich?	Wir werden beobachten. Immerhin ist Beatrice Fihn von ICAN, der Organisation, die den Friedensnobelpreis 2017 erhalten hat, von der MSC eingeladen worden.
Vorschlag MSKv: M. Gorbatschow oder in Vertretung Franz Alt als Redner zur MSC 2018 einladen.	Der Vorschlag wurde abgelehnt mit der Begründung, ein Auftritt von Gorbatschow sei der russischen Delegation nicht vermittelbar.
Als ehemalige Wehrkundetagung wird die Münchner Sicherheitskonferenz (MSC) traditionell mit Mitteln für „sicherheitspolitische Öffentlichkeitsarbeit“ aus einem Etat des Bundesministeriums der Verteidigung gefördert. Die Bedeutung von Sponsoren aus der Wirtschaft ist mittlerweile so gewachsen, dass der Anteil der Bundesregierung am Gesamtbudget nicht einmal mehr 10 Prozent beträgt. Dadurch wird die demokratische Kontrolle beschnitten und Eigeninteressen der Sponsoren bekommen ein übermäßiges Gewicht. Deshalb: Der Etat zur Förderung der MSC soll vom Verteidigungsministerium auf das Auswärtige Amt übertragen werden. Internationale Sicherheit ist (primär) eine Aufgabe der Diplomatie nicht des Militärs. Um die Unabhängigkeit der MSC als Ort für einen respektvollen internationalen Dialog zu gewährleisten, soll ein MSC-Stiftungsvermögen zur Förderung von Frieden und Völkerverständigung gebildet werden.	MSC: Die Finanzierung der MSC ist Thema in den Jamaika-Koalitionsverhandlungen. Die Frage wird diskutiert, ob eine Stiftung dienlich ist. Spenden (an eine Stiftung) sind ohne Gegenleistung, anders als beim Sponsoring. MSC: „Mit dem Verteidigungsministerium pflegen wir eine konfliktfreie Zusammenarbeit. Es besteht für uns kein Grund, an dieser Schraube zu drehen.“
Eine „outreach“-Veranstaltung der MSC zum Thema „Zivile Konflikttransformation“: Dazu eine Kooperation eingehen mit Friedensinstituten (USA, Europa) und dem Projekt „Friedensgutachten“. In letzterem wird aktuell u. a. erläutert, dass Deutschland besonders geeignet ist, um in Afghanistan einen Dialogprozess zu fördern. MSKv schlug vor, an die Konferenzerfahrungen der internationalen Pugwash-Friedensbewegung mit Talibanvertretern anzuknüpfen.	Wir werden beobachten und bleiben dran.
Die fundierten Analysen der fünf führenden Friedensforschungsinstitute (Friedensgutachten) sollen auf der MSC berücksichtigt werden. Die Themen sind internationale Sicherheitsbrennpunkte, die alle Staaten betreffen (Fluchtursachen, Syrien, Afghanistan, Nordkorea, China, weltweite Aufrüstung, Klimawandel, Terrorismus usw.). Die Komplexität von Konflikten und politischen Konstellationen können nur durch sorgfältige wissenschaftliche Analysen aufgedeckt werden. Deshalb ist es wichtig, dass auf der Konferenz nicht nur Sicherheitspolitiker ihre oft einfache, lineare Schwarz-Weiß-Logik repetieren. Wie schon zur MSC 2017 wurde die Buchausgabe des Friedensgutachtens übergeben und gebeten, darauf im Munich Security Report hinzuweisen.	Enttäuschend ist, dass Herr Dr. Hippler (als Mitautor am Friedensgutachten beteiligt) bereits für die MSC 2017 als in der „Hochrangigkeit nicht wirklich passend“ abgelehnt wurde. Wir werden beobachten und bleiben dran.
Vorschlag MSKv: gemeinsame öffentliche Veranstaltung von MSKv und MSC in der Woche vor der MSC mit einem kontroversen Thema.	Die Veranstaltung fand am 18.01.2018 statt, siehe Seite 1.

## Zivile Konfliktregelung mit IS-Terrorgruppen - Sinnlos?

Angesichts des brutalen Terrors des „Islamischen Staates“ IS erscheint es geradezu naiv, über Formen der Sozialen Verteidigung oder der zivilen Konfliktbearbeitung überhaupt nur nachzudenken. Aber bevor rundweg die Überwindung solcher Schreckensherrschaft nach den Prinzipien der Gewaltfreiheit für unmöglich erklärt wird, sollte man bedenken, dass auch der Sieg über den Terrorismus mit militärischen Mitteln aussichtslos erscheint. Der Grund dafür liegt nicht nur in den ganz anderen Methoden des Terrorismus (Asymmetrische Gewalt), sondern auch darin, dass Gegengewalt zu immer neuer Gewalt und deren Eskalation sowie der Verletzung von Menschenrechten führt. Die historischen Beispiele hierzu belegen dies eindrücklich. Deshalb werden terroristische Gruppen weiterhin aktiv sein, auch wenn sie gegenwärtig aus vielen Gebieten Syriens militärisch vertrieben und besiegt wurden.

Bei aller Aussichtslosigkeit von Erfolg dürfen in diesem Dilemma deshalb auch solche Formen von gewaltfreiem Widerstand gegen den Terror nicht unversucht bleiben. Alle Herrschenden – auch der IS – sind mehr oder weniger abhängig von der Zustimmung bzw. Unterstützung der von ihnen Beherrschten. Wenn die Bevölkerung flieht, können auch keine Kämpfer rekrutiert werden, Steuern lassen sich nicht mehr erheben und auch ein Minimum an Infrastruktur (Energieversorgung, Produktionsstätten usw.) kann nur aufrecht erhalten werden, wenn einheimisches, erfahrenes Personal noch verfügbar ist und kooperiert.



Die Erfahrung zeigt überdies, dass extreme Gewalt auch den Widerstand der Bevölkerung bestärken kann. Niemand hält sich mit brutalem Terror allein ewig an der Macht. Ein Klima der Gewalt kann umschlagen gegen die eigenen Leute, wie es auch beim IS schon vorgekommen ist.

Deshalb ist es wichtig, auf die Einstellungen, Motive und den sozialen Zusammenhalt der Bevölkerung Einfluss zu nehmen, um deren Resilienz zu steigern. Das können bevorzugt einheimische Gruppen, die möglichst in sozialer Verteidigung geschult sind und das Vertrauen ihres sozialen Umfeldes genießen. Natürlich – wie bei allen Konflikt

situationen – wäre dies schon im Präventionsstadium am wirksamsten. Die Chance, die Eskalation von Spannungen in einem Frühstadium durch Friedensfachkräfte zu verhindern, wird leider zu wenig oder zu spät genutzt. Wenn Konflikte schon in ihre „heiße“ gewaltförmige, kriegerische Phase getreten sind, ist die Wirkungsmöglichkeit für zivile Friedensdienste sehr schwierig.



Aber es gibt dennoch etliche Beispiele aus Syrien und dem Irak, bei denen auf lokaler Ebene auch gegenüber dem IS erfolgreich gewaltfrei agiert werden konnte. Zumeist waren die Frauen hierbei die Hauptakteure, wenn es um das Offenhalten von Schulen, um Proteste gegen Verschleppungen, um Dokumentation im Netz über Menschenrechtsverletzungen des IS oder die Verhinderung von Zwangsverheiratungen ging. Männer waren bei regionalen Waffenstillstandsvereinbarungen, Generalstreiks oder der Entwaffnung von Kindern und Jugendlichen erfolgreich. Selbst Verhandlungen mit einzelnen IS-Kadern hat es in eng begrenztem örtlichen Rahmen gegeben, deshalb wird von manchen auch gefordert, mit moderaten IS-Vertretern das Gespräch zu suchen.

Auch wenn diese kleinen „Friedenspflänzchen“ gegenüber den furchtbaren Schreckensmeldungen kaum bekannt werden, sind es wichtige Hoffnungszeichen für die betroffenen Menschen.

Solche mühsamen und langwierigen Bemühungen dürfen aber nicht durch Unterstützung des IS zunichte gemacht werden. Durch radikale „Austrocknung“ der Ressourcen des IS wäre vielmehr den Kämpfern sehr schnell der Boden ihrer Macht entzogen. Wenn alle am IS-Konflikt Beteiligten ernsthaft den Terror beenden wollten, wäre dies möglich durch **sofortige Beendigung** von:

- Geldtransfer
- Öl-Gashandel
- Antiquitätenhandel
- Agrarprodukthandel
- und vor allem **Waffenhandel**.



Erwin Schelbert

Mehr dazu In: Denkanstoß Nr. 70/71 „Die Terrormiliz IS“  
[www.studiengesellschaft-friedensforschung.de](http://www.studiengesellschaft-friedensforschung.de)

## Zivile Lösungsansätze im Konflikt um das Atomprogramm Nordkoreas

Wenn im Februar 2018 bei den olympischen Winterspielen in Südkorea Sportlerinnen und Sportler sowohl aus Nord- wie auch aus Südkorea gemeinsam bei der Eröffnungsfeier einmarschieren werden, kann dies nicht darüber hinwegtäuschen, dass nach diesem sportlichen Großereignis der zuletzt etwas entspannte Konflikt zwischen Nord- und Südkorea, insbesondere aber zwischen den USA und Nordkorea, wieder neu entflammen könnte.

Im Oktober 2015 und im Februar 2016 bot Nordkorea Friedensverhandlungen an und möchte – wie im Jahre 2000, als US-Außenministerin Madeleine Albright den damaligen nordkoreanischen Regierungschef Kim Jong-il besuchte - mit seinen Sicherheitsinteressen ernst genommen werden.

Die chinesische Führung schlug im April 2017 vor, die US-Regierung möge auf Manöver, die jeder Zeit in eine Invasion Nordkoreas münden können, verzichten – und Nordkorea im Gegenzug alle Atomwaffentests einstellen. Das Interesse der US-Regierung, das neue THAAD-Raketenabwehrsystem aus strategischen Interessen im Jahre 2017 nach Südkorea zu bringen, war größer als die Bereitschaft, auf Deeskalationsvorschläge der letzten beiden Jahre einzugehen.

Sowohl Xi Jinping als auch Wladimir Putin, die beiden Präsidenten Chinas und Russland, schlugen vor, dass Nordkorea sein Atomprogramm aufgibt und dafür die USA und Südkorea auf Manöver verzichten.

In der Wochenzeitung "Freitag" schrieb Lutz Herden Anfang Juli 2017:

"Der Ausweg wären gemeinsame Sicherheitsgarantien der USA und Chinas für Nordkorea, wenn Kim Jong-un in dem Maße sein Atompotenzial abbaut, wie die USA in Südkorea abrüsten. Gleichzeitig wäre ein Friedensvertrag zwischen beiden koreanischen Staaten nötig, da Südkorea bis heute nicht das Waffenstillstandsabkommen von 1953 (es beendete einst den Korea-Krieg) unterzeichnet hat. Es gibt derzeit die Alternative, entweder wird Nordkorea mit Bestandsgarantien versorgt, die es mit seinen Kernwaffen erzwingen will, oder es wird gewaltsam in die Knie gezwungen, was sich Donald Trump gut und oft überlegen dürfte. Zu gewinnen ist wenig, zu verlieren viel."

Der US-Wissenschaftler Peter Hayes hat im "Spiegel"-Interview am 8. September 2017 konstruktive Lösungsvorschläge in die internationale Debatte gebracht:

"Es müsste ein umfassendes Sicherheitsabkommen geben, das aus sechs Elementen besteht. Dazu gehören: die Einrichtung eines regionalen Sicherheitsrates unter Beteiligung aller Länder in Nordostasien; ein Nichtangriffspakt aller am Korea-Konflikt beteiligten Staaten; ein Friedensvertrag für Korea, der das bestehende Waffenstillstandsabkommen ersetzt; eine allmähliche Beendigung aller unilateralen und multilateralen Sanktionen; sowie die Einrichtung einer nuklearwaffenfreien Zone in der Region. Nordkorea müsste eine Garantie erhalten, dass es nicht mit Atomwaffen angegriffen wird, wenn es auf den Atommacht-Status verzichtet."

Das lange getrennte Deutschland ist für viele Menschen in Nord- und Südkorea durch die Wiedervereinigung 1989/1990 zum Vorbild geworden. Die deutsche Politik könnte ihre damalige Geschichte mit den USA und Russland, ebenso ihre Erfahrungen bei der Ostsee-Kooperation, in die aktuelle Korea-Krise einbringen - und gemeinsam mit den beiden betroffenen Staaten und anderen internationalen Akteuren nach Perspektiven bei der Wiedervereinigung Koreas sowie einer Regelung strittiger Fragen im südchinesischen Meer suchen.

Clemens Ronnefeldt,  
Referent für Friedensfragen beim deutschen Zweig  
des Internationalen Versöhnungsbundes



Clemens Ronnefeldt bei seiner Dankesrede anlässlich der Verleihung des Peter-Becker-Preis für Friedens- und Konfliktforschung in Marburg 2017.

## Dritte Projektbeschreibung „Münchner Sicherheitskonferenz verändern“

*Nach über zehn Jahren der Projektarbeit haben wir im Herbst 2017 eine grundlegend überarbeitete Fassung unserer Projektbeschreibung vorgelegt. Darin setzen wir uns kritisch mit der Sicherheitskonferenz auseinander, schildern unsere Vision und stellen das eigene Projekt vor. Im Folgenden gekürzte Auszüge aus diesem knapp 20-seitigen Papier.*

### Die Doppelgesichtigkeit der Sicherheitskonferenz

Alljährlich im Februar versammeln sich in München leitende Vertreter(innen) von Politik, Militär, Rüstung, Industrie, Wissenschaft, Medien und Finanzwelt, überwiegend aus NATO- und EU-Staaten zur Münchner Sicherheitskonferenz (offiziell: Munich Security Conference, kurz: MSC). (...) Seit 2009 ist Wolfgang Ischinger, ehemaliger Staatssekretär und Botschafter, neuer Konferenzleiter. Ischinger professionalisierte die Sicherheitskonferenz: Als Trägerorganisation wurde eine „Stiftung“ in Form einer gemeinnützigen GmbH gegründet. Neben Bundesregierung und Rüstungsindustrie spielen nun auch andere Wirtschaftsunternehmen als Geldgeber eine zentrale Rolle. Weitere Veranstaltungsformate außerhalb Münchens, z.B. European Defence Roundtable, Cyber Security Summit, und Publikationen wie der Munich Security Report ergänzen die Konferenz. Die MSC habe sich – so die Veranstalter – inzwischen „zum zentralen globalen Forum für die Debatte sicherheitspolitischer Themen entwickelt.“

Die Konferenz hat mehrere Ebenen: Auf der offiziellen und für Medien und Beobachter offenen Ebene spielen sich konferenztypische Rituale von Referaten, kurzen Fragen und Diskussionspodien für Statements ab, die für intensiveren Dialog keinen Raum lassen. Außerdem gibt es im Rahmenprogramm kleinere thematische Veranstaltungen (Side Events) verschiedener Organisationen in Kooperation mit der MSC. Daneben können Kaffeepausen und gemeinsame Mahlzeiten zur Begegnung, Kontaktpflege und Netzwerkarbeit genutzt werden. Auf einer weiteren, ebenfalls inoffiziellen und vermutlich besonders bedeutsamen Ebene, findet eine Vielzahl von Geheimgesprächen (Bilateral Meetings) in Hinterzimmern statt.

Im Verlauf unserer langjährigen Beschäftigung mit der MSC wurde uns zunehmend eine Doppelgesichtigkeit der Münchner Sicherheitskonferenz deutlich. Einerseits bietet die Konferenz Chancen für Dialog und informellen Austausch, der die Grenzen von NATO und EU überschreitet, z.B. mit Russland oder China. Insbesondere iranischen Politikern bot die MSC im Atomkonflikt mit dem Westen immer wieder die Möglichkeit, ihre Position ausführlich darzustellen. Begrüßenswert an der Entwicklung der MSC sind außerdem eine gewisse Erweiterung des Teilnehmerkreises (z.B. Munich Young Leaders) und gelegentliche Auftritte von NGO-Vertretern (z.B. Kumi Naidoo, internationaler Greenpeace-Chef), die andere Perspektiven einbringen.

Andererseits ist die ehemalige Wehrkundetagung, finanziell gefördert aus dem Etat des Verteidigungsministeri-

ums und weiterhin gesponsert von Rüstungsfirmen, immer noch ein Forum traditioneller Sicherheitspolitik und westlicher Dominanz, welches die Ideologie der Unverzichtbarkeit militärischer Gewalt festigt und fördert. Sie bestärkt den Glauben, dass Sicherheit, Wohlstand und nationale Selbstbestimmung letztlich auf militärischer Stärke und auf Bündnisbildung gegenüber möglichen Feinden gründen. Dies wurde bei der MSC 2014 besonders deutlich: Bundespräsident Gauck, Außenminister Steinmeier und Verteidigungsministerin von der Leyen traten in ihren Reden für einen selbstverständlicheren Umgang mit Auslandseinsätzen der Bundeswehr ein. Auch Konferenzleiter Ischinger nutzt seine Auftritte in den Medien immer wieder dazu, um bei der deutschen Bevölkerung für größere Akzeptanz von Militär und Rüstung zu werben. In der Süddeutschen Zeitung vom 03.04.2014 forderte er unmissverständlich: „Deutschland muss seinen Nachkriegspazifismus vollends überwinden.“

Von der Münchner Sicherheitskonferenz geht deshalb nach wie vor die für die Teilnehmer selbstverständliche Botschaft aus: Die Sicherheit auf der Welt kann letztlich nur durch das militärische Gewaltpotenzial der Staaten garantiert werden.

### Motivation und theoretischer Hintergrund

Mit dieser Botschaft trägt die Münchner Sicherheitskonferenz dazu bei, den „Mythos der erlösenden Gewalt“ (Walter Wink) zu bestärken. Wir wollen diesem Mythos der erlösenden Gewalt die heilende Kraft der Gewaltfreiheit entgegensetzen. (...)

Bereits im Jahr 1795 forderte Immanuel Kant in seiner Schrift „Zum ewigen Frieden“ eine allgemeine Abrüstung und die Errichtung einer internationalen Organisation. Nach dem 2. Weltkrieg war der allgemeine Bewusstseinswandel soweit fortgeschritten, dass es mit Errichtung der Vereinten Nationen (UNO) erstmals zu einem internationalen Kriegsverbot kam. Dieser Weg einer Verrechtlichung internationaler Beziehungen kann und muss konsequent fortgeführt werden hin zu allgemeiner Abrüstung und fairen internationalen Rechtsstrukturen. (...)

Der Begriff „Sicherheit“ lässt in der Regel assoziativ an einen Schutz vor Gefahren und Bedrohungen denken. Sicherheit wird als „Sicherheit vor ...“ und „Sicherheit gegen ...“ verstanden. Wo der Begriff „Sicherheit“ verwendet wird, sind „Feinde“ nicht weit. Das alternative Konzept einer „gemeinsamen Sicherheit“ hingegen muss erst durch das Adjektiv „gemeinsam“ eigens benannt werden.

► **Fortsetzung** von Seite 8:

In der Friedens- und Konfliktforschung wird die Unterscheidung zwischen „Sicherheit gegeneinander“ und „Sicherheit miteinander“ inzwischen mit den Begriffen „Sicherheitslogik“ versus „Friedenslogik“ bezeichnet. (...)

Die nach dem 2. Weltkrieg in Deutschland die Politik bestimmende Forderung „Nie wieder Krieg!“ ist – wie Umfragen zeigen – im gesellschaftlichen Bewusstsein zwar immer noch fest verankert. Für die politischen Entscheidungsträger jedoch ist der Auftrag „Von deutschem Boden soll nie wieder Krieg ausgehen!“ offensichtlich längst überholt. (...)

### Veränderungsbedarf der Sicherheitskonferenz

Zusammenfassend ergibt sich für uns folglich in mehrfacher Hinsicht Veränderungsbedarf bei der Münchener Sicherheitskonferenz (MSC):

- Als ehemalige Wehrkundetagung bestärkt die Münchener Sicherheitskonferenz nach wie vor den Irrglauben an den Mythos der erlösenden Gewalt und fördert das militärische Gewaltpotenzial der Staaten.
- Die Münchener Sicherheitskonferenz ist nach wie vor mehrheitlich ein Forum leitender Vertreter der NATO- und EU-Staaten, die sich um Sicherheit für die eigenen reichen Länder sorgen.
- Bereits aufgrund ihres Namens bestärkt die „Sicherheitskonferenz“ ein Denken und Empfinden in Bedrohungen und Feindkategorien, ganz im Sinne der Sicherheitslogik.
- Die Münchener Sicherheitskonferenz trägt dazu bei, dass – trotz der schrecklichen Erfahrungen zweier von Deutschland ausgehender Weltkriege – Waffen und Militär wieder eine selbstverständliche Rolle in der deutschen Außenpolitik zugeschrieben wird.

Die Sicherheitskonferenz ist keine Privatveranstaltung, denn sie wird durch die Bundesregierung aus Steuermitteln mitfinanziert. (...) In den letzten Jahren ist allerdings die Bedeutung von Sponsoren für die Münchener Sicherheitskonferenz und ihre diversen Aktivitäten deutlich gewachsen. Als Sponsoren werden von der MSC aufgeführt: Linde, Allianz, BMW, Kraus-Maffei-Wegmann, Merck, Siemens, Telekom sowie weitere internationale Wirtschafts- und Rüstungsunternehmen. Das kann als Schritt zu größerer Eigenständigkeit der MSC gegenüber der Bundesregierung verstanden werden. Wir sehen allerdings auch die Gefahr, dass dadurch neue Abhängigkeiten entstehen, die Möglichkeiten einer demokratischen Einwirkung auf bzw. Kontrolle der Konferenz weiter beschnitten werden und Eigeninteressen der Sponsoren ein übermäßiges Gewicht bekommen. (...)

### Unsere Vision:

#### „Münchener Konferenz für Friedenspolitik“

Unsere Vision, ist eine „Münchener Konferenz für Friedenspolitik“, ein Forum fairer globaler Zusammenarbeit, von dem Initiativen für eine gerechte, ökologische und gewaltfreie Welt-innenpolitik ausgehen.

Die Arbeit dieser zukünftigen Münchener Konferenz für Friedenspolitik muss auf folgender Grundorientierung beruhen: Die Bedürfnisse aller Menschen und Völker haben gleiches Gewicht. Sicherheit kann nur miteinander, nicht gegeneinander verwirklicht werden. Die Tiefenursachen von Konflikten wie z.B. soziale Ungerechtigkeit und Klimaveränderung müssen gemeinsam gewaltfrei bearbeitet werden. Die Konferenz wird sich mit den Themen gewaltfreie Sicherheits- und Friedenspolitik und faire globale Zusammenarbeit befassen.



Gespräch der Projektgruppe MSKv mit MSC:  
Dr. Th. Mohr, Dr. B. Franke (Stellvertreter v. Ischinger),  
Botschafter W. Ischinger

- Eine solche Münchener Konferenz für Friedenspolitik wird einen wertvollen Beitrag zu einer Kultur der Gewaltfreiheit liefern.
- Die Münchener Konferenz für Friedenspolitik wird als Forum für eine konstruktive und faire Weltinnenpolitik dienen.
- Eine Münchener Konferenz für Friedenspolitik wird sich an einem friedenslogischen Denken und Handeln orientieren.
- Die Münchener Konferenz für Friedenspolitik wird ein Ort sein, an dem die besondere deutsche Verantwortung für den Frieden zur Geltung kommt.

Mit einer solchen Münchener Konferenz für Friedenspolitik kann Deutschland – als Zivilmacht und als Mittlermacht – der Weltinnenpolitik einen wichtigen Raum für Dialog und informelle Begegnung und für eine auf Respekt gegründete internationale Kommunikation zur Verfügung stellen. Diese Dialogveranstaltung kann auch einen wertvollen Beitrag zum Abbau von Feindbildern leisten. (...)

► Fortsetzung von Seite 9:

**Zur Verfahrensweise des Projekts**

Beteiligt am Projekt „Münchner Sicherheitskonferenz verändern“ sind:

(a) **Die Projektgruppe:** Da sie gemäß dem Projektziel die Veränderung der MSC möchte, müssen zunächst von ihr Impulse in die gewünschte Veränderungsrichtung ausgehen. (...)

(b) **Die interessierte Öffentlichkeit:** Wir wissen, dass unser Ziel einer Umgestaltung der Sicherheitskonferenz nur erreicht werden kann, wenn es zu einem gesellschaftlichen Umdenken über menschliche Sicherheit kommt. Nur in dem Maße, wie das Bewusstsein über die Gefahren von Gewalt und die heilende Wirkung von gewaltmindernden Handlungen wächst, werden die Menschen auch eine entsprechende Politik fördern und fordern.

Es gibt eine interessierte Öffentlichkeit, die offen ist für alternative Wege. Sie sieht die Annahme, dass Rüstung und Militär Sicherheit schaffen und damit die Welt in Ordnung gebracht werden könne, kritisch. Diese interessierte Öffentlichkeit wollen wir für eine Paradigma-Änderung der vorherrschenden Sicherheitspolitik gewinnen. Sie stellt dann ihrerseits ein gewichtiges, ja das stärkste Veränderungsmoment für die MSC dar. Diese Gruppe ist zunächst diffus, beginnt aber im Laufe des Projektes ein Netzwerk zu werden, das auf die MSC nicht ohne Einfluss bleiben wird. (...)

(c) **Die MSC-Gruppe:** Zu ihr gehören Veranstalter, Förderer, Teilnehmer und offizielle Beobachter der Konferenz. Sie müssen von der Intention des Projekts unterrichtet und dafür interessiert werden. (...)

Das Projekt realisiert sich durch Kommunikation, d.h. indem jede der beteiligten Gruppen mit den beiden anderen Gruppen durch Beziehungen verbunden wird. (...)

Unser Weg heißt Gewaltfreiheit und Dialog. Wir geben Impulse und suchen das Gespräch mit den Veranstaltern, Förderern, Teilnehmern und offiziellen Beobachtern der Sicherheitskonferenz sowie mit der interessierten Öffentlichkeit.

Unsere Projektbeschreibung findet sich hier: [www.mskveraendern.de/downloads/](http://www.mskveraendern.de/downloads/)

Zusammenfassung: Thomas Mohr

**Gorbatschow: Abrüsten statt Wettrüsten**

Auf dieser Münchner Sicherheitskonferenz gilt noch immer der altrömische Grundsatz: „Wer Frieden will, muss den Krieg vorbereiten“. Wohin hat uns diese Politik bisher geführt? Wo stehen wir im Februar 2018?

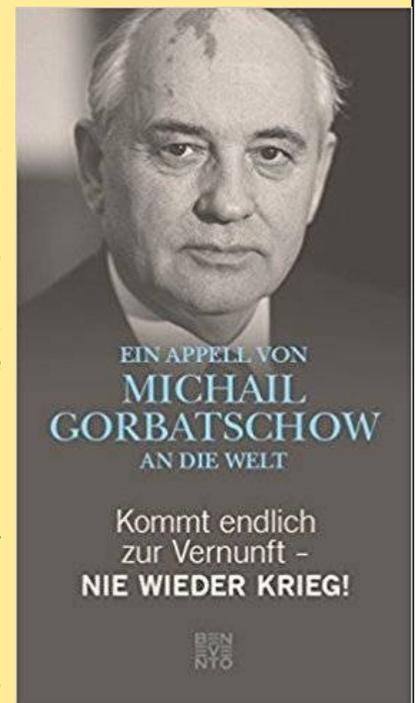
Kriegsdrohungen um Korea, Krieg in Syrien, Krieg in der Ostukraine, Amerika, China und Russland rüsten noch mehr auf, Nato-Soldaten rücken immer näher an Russland ran, Russland unterstützt den Massenmörder Assad in Syrien. Kann diese Politik zum Frieden führen? Ein neuer Grundsatz muss heißen: „Wer Frieden will, muss den Frieden vorbereiten“. Das heißt: Abrüsten statt wettrüsten.

Michail Gorbatschow warnt in dieser Situation vor einem neuen heißen Krieg, ja sogar vor einem Atomkrieg.

In den 80-iger Jahren des letzten Jahrhunderts – wir erinnern uns – stand die Welt ähnlich wie jetzt am Abgrund, sogar am atomaren Abgrund. Aber Michail Gorbatschow hatte als damaliger Chef der Sowjetunion als erster den Mut zum ersten Schritt der atomaren Abrüstung. Nur so konnte die Kriegsgefahr beseitigt und die Chance der deutschen Wiedervereinigung genutzt werden. Das scheinbar Unmögliche wurde möglich, weil Gorbatschow und US-Präsident Ronald Reagan Vertrauen zu einander fanden und dann gemeinsam 80% aller Atombomben-Arsenale verschrotteten. Warum soll jetzt nicht möglich sein, was damals gelang, fragt Gorbatschow in einem „Appell an die Welt“, den wir gemeinsam veröffentlichten, der sofort Spiegel-Bestseller wurde und in alle Welt Sprachen übersetzt wurde: „Nie wieder Krieg – Kommt endlich zur Vernunft“. Gorbatschow weist darauf hin, dass seine Abrüstungs- und Friedenspolitik nur möglich wurde, weil die meisten Menschen in Europa das so wollten und weil eine aktive Friedensbewegung in Ost und West hinter ihm stand. Nur deshalb konnte er sich gegenüber seinen Hardlinern in der alten Sowjetunion durchsetzen.

Gorbatschows damalige Politik zeigt, dass auch in schwierigen Zeiten eine Politik der Vernunft und eine Politik des Friedens möglich sind. Der alte Mann mit körperlichen Gebrechen, aber großer geistig-seelischer Fitness und politischer Präsenz, bleibt seinen Idealen treu und kämpft weiter unerschütterlich für Frieden und Abrüstung, für Glasnost und Perestroika, für Gerechtigkeit und Demokratie. In seinem Geist sollte auch diese Sicherheitskonferenz eine Politik des Friedens gestalten helfen.

Ein Atomkrieg, warnt Gorbatschow, wäre der letzte „Krieg in der Menschheitsgeschichte, weil es danach niemand mehr gäbe, der noch einen Krieg führen könnte“. Er sagt in seinem „Appell an die Welt“: Wir müssen endlich lernen, dass wir EINE Menschheit auf EINEM Planeten sind.



Franz Alt

## Leitlinien der Bundesregierung — Eine Mogelpackung?

*„Konflikte sind ein unvermeidbarer ... Bestandteil des Zusammenlebens in allen Gesellschaften. ... Das Problem sind nicht die Konflikte als solche, sondern die Art und Weise ihrer Austragung. Es gilt, Gewalt als Austragungsform von Konflikten zu verhindern bzw. zu überwinden.“*

Nein, das ist nicht der Einführung in ein Werk über Zivile Konfliktbearbeitung entnommen. Es ist ein Zitat aus den von der Bundesregierung herausgegebenen **Leitlinien „Krisen verhindern, Konflikte bewältigen, Frieden fördern“**, die den Aktionsplan „Zivile Krisenprävention, Konfliktlösung und Friedenskonsolidierung“ von 2004 ablösen. Ein Fortschritt? Sicher! Geschuldet ist die Schrift vielleicht der Einsicht der Entscheidungsträger\*innen, dass die Militärinterventionen mit deutscher Beteiligung nur Chaos und Terror zur Folge hatten. Maßgeblich beteiligt an dem Ergebnis allerdings ist das vom Auswärtigen Amt ins Leben gerufene „Peacelab 2016“, ein von 39 Veranstaltern und 116 Autor\*innen getragener Debattenprozess. In der vom Global Public Policy Institute herausgegebenen Dokumentation sind die Theorien und Praktiken, die Expertisen erfahrener Friedensfachkräfte des ZFD und anderer gewaltfreier Akteure als Impulsgeber für das regierungsamtliche Schreiben gut erkennbar.

Es ist hier nicht der Platz für eine zusammenfassende Inhaltsanalyse der Leitlinien. Hier sollen nur einige Negativpunkte herausgegriffen werden, die auf die Grundhaltung der Bundesregierung zur Bewältigung von Konflikten und ihre Einordnung des zivilen Friedensdienstes bzw. der gewaltfreien Konfliktbearbeitung in einen „umfassenden Politikansatz“ verweisen. In diesem Zusammenhang erwartet man zumindest Bemühungen um Abrüstung und Verminderung der Militäreinsätze, zumal ausdrücklich als Referenzrahmen die nachhaltigen Entwicklungsziele der UN-Agenda aufgeführt werden, die neben der Gewährleistung der existenziell notwendigen Lebensgrundlagen für alle Menschen auch den Frieden einschließen.

So raubt gleich in der Einleitung die Feststellung, die Leitlinien seien als Ergänzung des Weißbuchs 2016 (Herausgegeben vom Verteidigungsministerium) zu verstehen, dem Lesepublikum jede Illusion von einer „Überwindung“ militärischer Einsätze. Die Maxime des Papiers wird an einem Beispiel aus der Praxis deutlich erkennbar:

Bei der militärischen Operation im Irak gegen den IS *„gilt es, ... die grundlegendsten Bedürfnisse der Zivilbevölkerung zu sichern; damit steht hier die humanitäre Hilfe im Vordergrund. Durch die Bereitstellung von Waffen und militärischer Ausrüstung an die irakisch kurdische Peschmerga und begleitende Ausbildungsmaßnahmen für die ... Sicherheitskräfte hat Deutschland einen wichtigen Beitrag*

*dafür geleistet, dass diese im Kampf gegen den IS bestehen können.“*

Waffenlieferungen, Ausbildung zu „Sicherheitskräften“ sind also Bestandteil des beschworenen „ressortgemeinsamen Ansatzes“, dessen Stärkung anvisiert ist *„von: Krisenfrüherkennung über die Analyse des Kontextes, Formulierung gemeinsamer Ziele, die Planung und Durchführung konkreter Maßnahmen bis hin zur Auswertung des Engagements und der Weiterentwicklung des Instrumentariums.“* Dass die viel zitierte Sicherheit jedoch durch Abrüstung, Rüstungsexportkontrolle, Nichtverbreitung wesentlich gefördert würde, bleibt bis auf ein in den angehängten Selbstverpflichtungen der Bundesregierung sehr allgemein formuliertes Versprechen, *„Maßnahmen zur Rüstungskontrolle und Abrüstung (zu) verstärken“* ausgespart, wie auch Winfried Nachtwei in seiner Stellungnahme bemängelt. Weiters vermisst er Angaben darüber, wie der in Aussicht gestellte Aufgabenzuwachs personell und finanziell abgesichert werden soll. Das sei ein „krasses Defizit“ angesichts der angestrebten Aufstockung des Einzelplans 14 (Verteidigungshaushalt) auf 2% des BIP, *„ein sicherheitspolitischer Unsinn“*, so der Sicherheitsexperte der GRÜNEN.



Was ich vermisst habe, ist die Bemühung

**zfd** Ziviler Friedensdienst

um die Erkenntnis der ursprünglichen Ursachen der nicht enden wollenden bewaffneten Auseinandersetzungen allein im Nahen und Mittleren Osten.

### In der Ursache liegt die Lösung.

Das heißt: die Bündnisverpflichtung, vor allem gegenüber den USA, zu hinterfragen, deren Regimechange-Politik offen zu legen, die Interessen an der Kontrolle ressourcenreicher Länder einzugestehen und letztlich sich unserer viel beschworenen westlichen Werte zu besinnen, sie zu befreien von der Deckmantelfunktion zur Rechtfertigung der „humanitären“ militärischen Interventionen gegenüber der Zivilbevölkerung – kurz: das kapitalistisch-imperialistische Ansinnen hinter der „Verteidigungs“-Politik aufzudecken.

Ein Thema für die Münchner Sicherheitskonferenz?!

*Aus den Steinen  
Aus den Steinen  
unserer Hoffnung  
unserer Ziele,  
unserer Wünsche  
unserer Träume  
möchte ich Dir  
die Stadt bauen,  
deren Gesetz lautet:  
Für einander leben.  
Miteinander leben.  
Mit Liebe leben.  
In Frieden leben.*



*George Ghannam (\*1958)*

## Wir über uns

**Unsere Vision** ist eine Münchner Konferenz für Friedenspolitik, ein Forum fairer globaler Zusammenarbeit, von dem Initiativen für eine gerechte, ökologische und gewaltfreie Weltinnenpolitik ausgehen.



**Unser Weg** heißt Gewaltfreiheit und Dialog. Wir geben Impulse und suchen das Gespräch mit den Veranstaltern, Förderern und Teilnehmern der Sicherheitskonferenz sowie der interessierten Öffentlichkeit.

**Unsere Organisation:** Die Projektgruppe „Münchner Sicherheitskonferenz verändern“ ist ein eingetragener gemeinnütziger Verein, der in seiner Arbeit durch interessierte Personen aus Münchner Friedensgruppen verstärkt wird.

**Unsere Kooperationspartner:** Die Projektgruppe wird finanziell gefördert durch die Pax-Christi Bistumsstelle der Erzdiözese München und Freising und arbeitet bei Einzelveranstaltungen mit der Petra-Kelly-Stiftung zusammen. Wir arbeiten im Trägerkreis der Internationalen Münchner Friedenskonferenz mit und kooperieren mit dem forumZFD, DACH e.V., der Arbeitsgemeinschaft Friedenspädagogik (AGFP) u.a.

**Wir und die Anderen:** Die verschiedenen Aktionsformen der Münchner Friedensbewegung – Demonstrationen, Friedenskonferenz, Friedensgebet, Dialog – sehen wir als sich ergänzende Säulen, die die kritische Auseinandersetzung mit der derzeitigen Sicherheitskonferenz tragen.

**Spenden:** Wir brauchen die Unterstützung der interessierten Öffentlichkeit, also von Ihnen. Das kann durch ideelle und durch finanzielle Förderung geschehen: Ihre Spende an uns ist steuerlich absetzbar.

## Termine der Friedenskonferenz und im Umfeld ([www.friedenskonferenz.info](http://www.friedenskonferenz.info))

- Donnerstag, 18. Jan. 2018, 19:30, Podiumsgespräch  
Abrüstung oder Friedenslogik? - 2% Ziel der NATO  
U. Finckh-Krämer (SPD), B. Franke (MSC)**  
Veranstalter: MSKv, MSC und Petra-Kelly-Stiftung  
Hotel Bayerischer Hof, München, Promenadeplatz 2-6
- Freitag, 16. Feb. 2018, 19:00, (Einlass 18:00)**  
**Internationales Forum Münchner Friedenskonferenz**  
mit Franz Alt, Nela Porobic Isacovic, Tiffany Easthom  
Altes Rathaus, Marienplatz, München
- Samstag, 17. Feb. 2018, 10-12 Uhr Gesprächsforum**  
mit den Referent\*innen des Vorabends  
DGB-Haus, Schwanthalerstr. 64, Ludwig-Koch-Saal
- Samstag, 17. Feb. 2018, 13:00 Stachus/Karlsplatz**  
Kundgebung und Demo gegen die Sicherheitskonferenz  
Schlusskundgebung, 15 Uhr, Marienplatz
- Samstag, 17. Feb. 2018, 19:00 (Einlass 18:00)**  
**Atomwaffen abschaffen im Spannungsfeld von  
EU—USA—Russland**  
DGB-Haus, Schwanthalerstr. 64
- Sonntag, 18. Feb. 2018, 11:30**  
**Friedensgebet der Religionen**  
Pfarrsaal St. Anna, Lehel (U-Bahn-Station Lehel)
- Sonntag, 18. Feb. 2018, 15:00 Uhr, Podium**  
**„Nach der Sicherheitskonferenz“** mit  
Andreas Zumach, Ruth Aigner (Beobachterin MSKv) u.a.  
Künstlerhaus, Lenbachplatz 8  
[www.petrakellystiftung.de](http://www.petrakellystiftung.de)

**Impressum:** Projektgruppe „Münchner Sicherheitskonferenz verändern“ e.V.

Vorstand: Dr. Thomas Mohr, Hanna Brocks, Mechthild Schreiber

Schubaurstr. 10 b, 81245 München, Telefon 089/88952871, Email: [vorstand@mskveraendern.de](mailto:vorstand@mskveraendern.de), [www.mskveraendern.de](http://www.mskveraendern.de)

Redaktionsschluss dieser Ausgabe: 29.1.2018

ViSDp Erwin Schelbert

Bank: Stadtparkasse München, IBAN: DE23 70150000 0000 4163 70, BIC: SSKMDEMXXX

Druck: Ulenspiegel Druck GmbH & Co, 100% Recyclingpapier, FSC-Siegel, klimaneutral